

Antrag

der Fraktion der CDU

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Schulschließungsliste Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. in welchem Umfang sie bis 2020 jährlich berufliche und allgemeinbildende Schulen zu schließen plant;
2. ob sie beabsichtigt, berufliche Schulstandorte komplett zu schließen oder ob sie alternativ auch die Schließung einzelner Schularten in Betracht zieht;
3. ob es zutrifft, dass sie vor allem berufliche Schulstandorte bzw. berufliche Schularten im ländlichen Raum schließen wird;
4. welche differenzierten Kriterien sie ggf. der Schließung einzelner beruflicher Schularten zugrunde legen will;
5. ob es zutrifft, dass sie auch das Unterrichtsangebot der Berufsschulen bzw. Fachschulen auf der Schulschließungsliste stehen hat (mit Angabe, ob bestimmte Berufsbilder bzw. Gewerke von der Schließung ausgenommen werden);
6. mit welchen Folgewirkungen sie bei der Schließung von beruflichen Schulen mit Blick auf die leer stehenden Schulgebäude, die weiteren Schulwege und weiteren negativen Auswirkungen rechnet (mit Angabe, welche Kompensation sie den betroffenen Schulträgern und Ausbildungsbetrieben anbieten wird);
7. in welchem Umfang sie mit einem Ausbau von Bezirks-, Landesfach- bzw. länderübergreifenden Klassen bis zum Jahr 2016 plant (mit Angabe, welche Entfernung sie als einen zumutbaren Schulweg definiert);

8. inwieweit sie der Handlungsempfehlung der Enquetekommission „3.2.1 Dynamische Standortoptimierung beruflicher Schulen zur Vorbereitung auf die demografische Entwicklung“ folgen wird;
9. was sie unter der Aussage des Ministerpräsidenten, dass die „Konzentration auf dem Land unabdingbar sei“, mit Blick auf die beruflichen Schulen versteht bzw. wie sie diese bewertet;
10. ob es zutrifft, dass sie mit der neuen Zielvorgabe einer „zielführenden Personalsteuerung“ die Stellenstreichung von Lehrerinnen und Lehrern an den beruflichen Schulen plant;

II.

entlang der Handlungsempfehlung der Enquetekommission eine dynamische Standortentwicklung vorzunehmen.

27.07.2012

Hauk, Viktoria Schmid
und Fraktion

Begründung

Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat am 17. Juli 2012 angekündigt, kleine Schulen im Land künftig zu schließen. Mit Zusammenlegungen und Schließungen allein lassen sich, laut Ministerpräsident Winfried Kretschmann, die Einsparpläne der Landesregierung nicht erreichen.

Künftig müssen neue Wege gegangen werden, um Bildungseinrichtungen trotz demografischer Entwicklung am Ort zu halten. Klares Ziel muss es dabei aber sein – neben der Qualität –, die Faktoren Größe und Nähe zu erhalten. Das Motto „kurze Beine, kurze Wege“ muss auch in Zukunft gelten.

Gerade auch für die beruflichen Schulen muss weiterhin ein wohnort- und betriebsnahes Berufsschulangebot für Schülerinnen und Schüler und ausbildende Unternehmen vorhanden sein. Lange Wege zu Berufsschulen sind ein deutliches Hindernis und schaden den Unternehmen, die auf die Auszubildenden angewiesen sind. Ebenso wird es das Problem des Fachkräftemangels verschärfen.

Die Enquetekommission hat in ihrem Abschlussbericht mit Blick auf die sich abzeichnende demografische Entwicklung die Empfehlung einer dynamischen Standortentwicklung einstimmig beschlossen. Es ist mit dem Antrag zu klären, ob diese Empfehlung noch Gültigkeit besitzt.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 21. August 2012 Nr. 24-6437/68/1 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Einvernehmen mit dem Staatsministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,*

I. zu berichten,

- 1. in welchem Umfang sie bis 2020 jährlich berufliche und allgemeinbildende Schulen zu schließen plant;*
- 2. ob sie beabsichtigt, berufliche Schulstandorte komplett zu schließen oder ob sie alternativ auch die Schließung einzelner Schularten in Betracht zieht;*
- 3. ob es zutrifft, dass sie vor allem berufliche Schulstandorte bzw. berufliche Schularten im ländlichen Raum schließen wird;*
- 4. welche differenzierten Kriterien sie ggf. der Schließung einzelner beruflicher Schularten zugrunde legen will;*
- 5. ob es zutrifft, dass sie auch das Unterrichtsangebot der Berufsschulen bzw. Fachschulen auf der Schulschließungsliste stehen hat (mit Angabe, ob bestimmte Berufsbilder bzw. Gewerke von der Schließung ausgenommen werden);*
- 6. mit welchen Folgewirkungen sie bei der Schließung von beruflichen Schulen mit Blick auf die leer stehenden Schulgebäude, die weiteren Schulwege und weiteren negativen Auswirkungen rechnet (mit Angabe, welche Kompensation sie den betroffenen Schulträgern und Ausbildungsbetrieben anbieten wird);*
- 7. in welchem Umfang sie mit einem Ausbau von Bezirks-, Landesfach- bzw. länderübergreifenden Klassen bis zum Jahr 2016 plant (mit Angabe, welche Entfernung sie als einen zumutbaren Schulweg definiert);*
- 8. inwieweit sie der Handlungsempfehlung der Enquetekommission „3.2.1 Dynamische Standortoptimierung beruflicher Schulen zur Vorbereitung auf die demografische Entwicklung“ folgen wird;*
- 9. was sie unter der Aussage des Ministerpräsidenten, dass die „Konzentration auf dem Land unabdingbar sei“, mit Blick auf die beruflichen Schulen versteht bzw. wie sie diese bewertet;*
- 10. ob es zutrifft, dass sie mit der neuen Zielvorgabe einer „zielführenden Personalsteuerung“ die Stellenstreichung von Lehrerinnen und Lehrern an den beruflichen Schulen plant;*

II. entlang der Handlungsempfehlung der Enquetekommission eine dynamische Standortentwicklung vorzunehmen.

Das Kultusministerium steht derzeit in Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden zu den Standards und zum Verfahren der regionalen Schulentwicklungsplanung.

Eine Beantwortung dieses Antrags ist erst nach Abschluss dieser konsensorientierten Gespräche möglich.

In Vertretung

Dr. Rüp
Ministerialdirektorin